

Die Meinungsmacht einer untergehenden Partei

Von WOLFGANG HÜBNER | Roland Tichy hat es aus aktuellem Anlass kurz und prägnant auf den Punkt gebracht: „Pressefreiheit ist die Freiheit sehr reicher Organisationen und Personen“. Tichy weiß, wovon er redet. Denn am Mittwoch hat die SPD das Online-Portal „Tichys Einblick“ dazu genötigt, einen Artikel vom 4. Februar 2019 mit dem Titel „Wie SPD in die Zeitungen kommt – Zeitungen, auf die die SPD heimlich und indirekt Einfluss nimmt“ zu löschen ([PI-NEWS berichtete](#)). Der Herausgeber schrieb, dass „Tichys Einblick“ nicht über die erforderlichen finanziellen Möglichkeiten verfüge, „um mit diesen machtvollen Gegnern presserechtliche Auseinandersetzungen zu führen.“

Der Text des von der SPD bekämpften Artikels [liegt im Netz vor](#). Folglich kann sich jeder interessierte Verteidiger der grundgesetzlichen Pressefreiheit selbst davon überzeugen, wie brisant dessen Inhalt ist. Denn der Autor zeigt auf, über welche meinungsbildende Macht die dem politischen Untergang entgegenwankende ehemalige Volkspartei SPD tatsächlich noch immer und sogar mehr denn je verfügt. Diese Tatsache ist keineswegs ganz neu, aber in dem seriös recherchierten Artikel noch einmal gut zusammengefasst und dargelegt. Die SPD ist aufgrund ihrer Schwäche inzwischen so aggressiv, dass sie selbst diese Kritik in einem Online-Portal mit überschaubarer Reichweite nicht mehr tolerieren kann.

Offenbar will die Partei mit allen Mitteln eine Diskussion um ihre teilweise sehr gut verborgene Macht im deutschen Pressewesen verhindern. Eine ganz entscheidende Rolle darin spielt das sogenannte „Redaktionsnetzwerk Deutschland“, das

viele Zeitungen mit überregionalen wie internationalen Inhalten beliefert und sehr gerne auch in anderen politisch konformen Medien wie ARD und ZDF zitiert wird. Hinter diesem „Redaktionsnetzwerk“ steht nach Erkenntnissen des nun zurückgezogenen Artikels die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG), also das Medienbeteiligungsunternehmen der SPD.

Ein willfähriger Schreiber in diesem „Redaktionsnetzwerk“, verschweigen wir besser seinen Namen, nährt zum Beispiel allen Ernstes den Verdacht, die international hochangesehene, seit 1780 erscheinende „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) befinde sich „in der Grauzone zum Rechtspopulismus“. Dazu muss man wissen, dass die liberal-konservative NZZ zunehmend gerne von deutschen Bürgern gelesen wird, die genug haben von den politisch konformen Presserzeugnissen zwischen Flensburg und Konstanz mit ihrer täglichen Hetze gegen Trump, Brexit, Putin, Salvini und andere.

Die ebenso denunziatorische wie idiotische Unterstellung aus dem SPD-Netzwerk trifft dazu ausgerechnet eine Zeitung, deren Vertrieb im Deutschen Reich von den Nazis wegen ihrer deutlich antifaschistischen Haltung [bereits 1934 verboten wurde](#). Aber diese historische Erinnerung kümmert jene nicht, denen es missfällt, wie kritisch die heutige Redaktion der NZZ die realtotalitäre Entwicklung in Deutschland betrachtet.

Doch so wenig es das Hitler-Regime vermochte, die NZZ zum Schweigen oder zur Unterwerfung zu bringen, so wenig wird die [wütende Kläfferei eines linken Lohnschreibers](#) das im Jahr 2019 vermögen. Es ist allerdings beschämend anmaßend, wie mittlerweile der Hass auf unabhängige kritische Stimmen sich nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern auch vor dem Ausland nicht Halt macht.

Aber es sind nicht Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten, die das tun, sondern jene, die unter lauten „Toleranz“-und „Nazis raus!“-Gesängen intolerant bis auf die Knochen sind.

Bis zum Tag ihres finalen Gehirntods wird die siechende SPD und ihr gar nicht so geheimes Imperium der Desinformation leider noch jede Menge Gift verspritzen. Der Auflage der NZZ in Deutschland von der Merkel bis zum Maas wird das allerdings nutzen.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.